

I. Anmeldung

TOP:

Stadtplanungsausschuss
Sitzungsdatum 13.11.2014
öffentlich

Betreff:

Flächennutzungsplan der Stadt Nürnberg mit integriertem Landschaftsplan (FNP)
12. Änderung: Bereich südlich der Wiener Straße
Einleitung des Verfahrens und frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung
Beschluss des Stadtrates vom 23.07.2014

Anlagen:

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27.01.2014
 Anträge der Stadtratsfraktion Bündnis 90/ Grüne vom 28.01.2014 und 27.06.2014
 Antrag der ödp vom 27.01.2014
 Gemeinsamer Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der CSU-Stadtratsfraktion vom 23.07.2014
 Beschluss des Stadtrates vom 23.07.2014
 Entscheidungsvorlage
 Schriftliche Unterrichtung über allgemeine Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung
 Plan Nr. 12-FNP 12-01

Bisherige Beratungsfolge:

Gremium	Sitzungsdatum	Bericht	Abstimmungsergebnis		
			angenommen	abgelehnt	vertagt/verwiesen
Stadtrat	26.02.2014	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Stadtrat	23.07.2014	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Sachverhalt (kurz):

Die Flächen südlich der Wiener Straße, südlich des Güterverkehrszentrums Hafen (GVZ Hafen), sind im wirksamen Flächennutzungsplan mit integriertem Landschaftsplan in einem Umfang von ca. 25 ha als gewerbliche Bauflächen dargestellt. Die Flächen sind derzeit mit Wald bestockt.

Aus Anlass der Anträge vom Januar 2014 wurde in der Sitzung des Stadtrates am 26.02.2014 ein Bericht vorgelegt, in dem die konkurrierenden Belange einerseits der Wirtschaft, andererseits von Natur und Umwelt bezüglich des HIG-Süd dargelegt wurden. In Kenntnis und Würdigung dieser Belange hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 23.07.2014 durch Beschluss die Verwaltung beauftragt, ein Verfahren zur Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten mit dem Ziel, die Fläche des HIG-Süd im FNP als Flächen für Wald darzustellen.

Der Beschluss nach § 2 Baugesetzbuch (BauGB) zur Einleitung des Änderungsverfahrens sowie zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Absatz 1 BauGB wird begehrt.

Beschluss-/Gutachtenvorschlag:

siehe Beilage

1a. Finanzielle Auswirkungen:

Nein

Ja

Noch offen, weil

Kosten:

noch nicht bezifferbar

Gesamtkosten	€	Folgekosten pro Jahr	davon pro Jahr	
davon investiv	€	<input type="checkbox"/> begrenzter Zeitraum	Sachkosten	€
davon konsumtiv	€	<input type="checkbox"/> dauerhaft	Personalkosten	€

1b. Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen sind bereitgestellt:

Nein Abstimmung mit Stk (siehe Punkt 4) erforderlich

Ja Betrag: € Profitcenter / Investitionsauftrag:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

Nein

Ja im Umfang von Vollkraftstellen (weiter bei 2b)

2b. Deckung vorhanden:

Nein Abstimmung mit OrgA (siehe Punkt 4) erforderlich

Ja Stellen-Nr.

3a. Prüfung der Genderrelevanz durchgeführt:

Nein

Ja

3b. Geschlechterrelevante Auswirkungen:

Nein

Ja:

4. Abstimmung ist erfolgt mit:

Ref. I / OrgA

Deckungsvorschlag akzeptiert

keine Stellendeckung vorhanden

Einbringung in das Stellenschaffungsverfahren

Ref. II / Stk

Deckungsvorschlag akzeptiert

keine Haushaltsmittel vorhanden

Ein Finanzierungsvorschlag ist noch zu erarbeiten

- RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)
- Ref. III**
- Ref. VII**
-

II. **Herrn OBM**

III. **Referat VI**

Nürnberg,
Referat VI

(49 00)